



### Presseschau vom 01.09.2015:

Quellen: *Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, sputniknews, rusvesna.su, voicesevas.ru*, hinzu kommen Informationen der Seiten *dnr-online, Inr-portal, Novorossia, dnr-news, novorosinform u.a.* sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken *dan-news, lug-info*. Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. *BigMir, UNIAN, Ukrinform, KorrespondentT* und die Online-Zeitung *Timer aus Odessa* ein. Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind *Nachrichtenquellen aus den neuen ostukrainischen Volksrepubliken in Rot (dnr-online, Inr-portal, Novorossia, dan-news, lug-info, dnr-news, novorosinform u.a.)* und *andere ukrainische Quellen in Blau (BigMir, Ukrinform, UNIAN, KorrespondentT und Timer)* gekennzeichnet. Die Übersetzung russischer Medien erfolgt in schwarzer Farbe.

### Abends/ nachts:

De.sputniknews.com: Die Abstimmung über Verfassungsänderungen in Bezug auf die Dezentralisierung der Macht in der Ukraine ist nach Ansicht von Präsident Petro Poroschenko überaus kompliziert gewesen. „Zugleich bedeutet sie einen konsequenten Schritt zum Frieden“, erklärte Poroschenko am Montag in Kiew in seiner Fernsehansprache an die Nation.

Poroschenko sagte ferner, dass die Verfassungsänderungen Russland nicht gefallen haben und Moskau sie ablehnt. Nach Ansicht des russischen Außenministeriums würden die von Poroschenko vorgeschlagenen Änderungen zum Grundgesetz die Erfüllung der Minsker Abkommen durch Kiew nur imitieren. Zuvor hatten auch Vertreter der selbst ernannten Republiken Donezk und Lugansk darauf hingewiesen, dass die Verfassungsänderungen mit den Behörden der beiden Republiken nicht abgestimmt wurden, was eigentlich in Minsk vereinbart worden sei.

Poroschenko zufolge wird die endgültige Entscheidung von der Lage in der Donbass-Region abhängen. „Die Abstimmung von heute ist nicht endgültig. Allerdings wird sie der ukrainischen Diplomatie einen weiten Spielraum geben.“ Poroschenko betonte insbesondere, dass der von ihm vorgeschlagene Entwurf der Verfassungsänderungen keinen besonderen Status für den Donbass vorsieht. Der Sonderstatus für einige Territorien der Gebiete Donezk und Lugansk solle durch ein Sondergesetz eingeführt werden, hieß es in Kiew.

Poroschenko kritisierte die Position einiger Politiker und Parlamentsabgeordneten, die in den Verfassungsänderungen eine schleichende Aufgabe ukrainischen Territoriums sehen. „Ganz im Gegenteil. Diese Änderungen bedeuten keinen Verlust von Territorien, sondern geben uns eine Chance, die okkupierten Gebiete mit politischen und diplomatischen Mitteln zurück zu

holen... Wir werden unbedingt siegen, indem wir die Festigung der Verteidigungskraft des Staates mit politisch-diplomatischen Anstrengungen kombinieren“, erklärte der Präsident. Gemäß dem im Februar dieses Jahres in der weißrussischen Hauptstadt Minsk ausgehandelten Friedensplan sollen Donezk und Lugansk mehr Autonomie bekommen.



<http://cdn2.img.de.sputniknews.com/images/30409/54/304095479.jpg>

<http://cdn2.img.de.sputniknews.com/images/30409/54/304095479.jpg>

### Vormittags:

Dan-news.info: Das Schuljahr hat heute ohne Beschüsse der ukrainischen Truppen begonnen, die OSZE führt ein verstärktes Monitoring der frontnahen Zonen der Republik durch, teilten die Leiter der Bezirks- und Stadtverwaltungen mit.

„Bei uns ist alles in Ordnung, es gab keine Beschüsse“, sagte der Bürgermeister Gorlowkas Roman Chramenkow.

Er fügte hinzu, dass die Vertreter der OSZE-Beobachtermission zurzeit zu den am meisten beschossenen Bezirken der Stadt unterwegs sind, um die Beobachtung der Situation am heutigen Festtag zu verstärken.

Auch wurden nach Angaben der örtlichen Behörden keine Beschüsse und Provokation von Seiten der ukrainischen Streitkräfte in allen Bezirken von Donezk, Makejewka und Dokutschajewsk festgestellt.

Über eine stabile ruhige Situation am heutigen Morgen berichten auch die Verwaltungen von Nowoasowsk, Jasinowataja, Telmanowo, Amwrosiewska und Starobeschewo.

De.sputniknews.com: Die Abstimmung über Verfassungsänderungen in Bezug auf die Dezentralisierung der Macht in der Ukraine ist ein wichtiger Schritt auf dem Weg zur Umsetzung der Minsker Vereinbarungen. Aus Sicht des politischen Analytikers Alexander Pawitsch steht hinter der Sabotage dieses Prozesses das Land, das nichts damit zu tun hat, nämlich die USA.

Obwohl Victoria Nuland heute keine Kekse auf dem Maidan verteilt hat, könne sie, so Pawitsch, ukrainische Politiker woanders virtuell „füttern“. Die USA haben Interesse daran, die instabile Situation in der Ukraine, an der Grenze zu Russland, stets aufrechtzuerhalten. Die Ukraine sei fast ununterbrochen seit dem Maidan-Beginn im Februar 2014 destabilisiert worden.

Politische Rechte waren radikal eingestellte Teilnehmer des Maidan vor eineinhalb Jahren, auch heute bestimmen sie aus Pawitschs Sicht zum großen Teil die Tagesordnung. Jegliche Stimmen, die zu einem Kompromiss, zum Beispiel mit Russland, aufrufen, würden marginalisiert, dämonisiert und aus der politischen Szene ausgeschlossen. Hinter solchen radikal eingestellten Gruppen stehen Pawitsch zufolge in allen Kampfgebieten oder in europäischen Ländern in erster Linie die USA. Sie würden nur vor den Fernsehkameras nicht auftreten.

Dan-news.info: Das Problem mit der Rückgabe von Eisenbahnwaggons, die zur Lieferung von Kohle in die Ukraine verwendet wurden, in die DVR ist gelöst, teilte der Produktionsdirektor des Bergwerks „Schachtjorskaja-Glubokaja“ Igor Orlow mit. „Das Problem mit den leeren Waggons, das am Ende des Winters, Anfang des Frühlings bei der Lieferung von Kohle in die Ukraine aufkam, ist vollständig gelöst. Die Waggons kommen täglich zu den Bergwerken. Wir liefern die Kohle in die Anreicherungsfabriken, von da wird sie in die Ukraine geliefert“, sagte er. Im Februar/März begann die Ukraine unbegründet leere Waggons zurückzuhalten, die in die DVR nach dem Entladen der exportierten Kohle zurückgeschickt werden sollten. Dies erklärte sich durch die Entscheidung des ukrainischen Energieministeriums Kohle nur bei den Unternehmen zu kaufen, die auf dem von Kiew kontrollierten Territorien registriert sind. Im April drohte die Regierung der DVR die Lieferung von Kohle an ukrainische Verbraucher zu stoppen, wenn die Waggons zurückgehalten werden. Zurzeit liefert die DVR weiterhin Kohle, die lebenswichtig für die ukrainische Energieerzeugung und Industrie ist. Nach Angaben des Transportministeriums der DVR wurden im Juli 6216 Waggons Kohle, das sind mehr als 435.000 Tonnen in die Ukraine geliefert.

De.sputniknews.com: Am 1. September ist der russische Rubel offiziell Ankerwährung in der Volksrepublik Lugansk geworden. Angesichts der Wirtschaftsblockade vonseiten der Ukraine werden die Renten und Gehälter von nun an in Rubel berechnet und ausgezahlt, teilte der Vorsitzende des Lugansker Ministerrates am Dienstag mit. Diese Entscheidung wurde vom Lugansker Ministerrat am 18. August getroffen. Gennadi Zypkalow, Vorsitzender des Ministerrates, hatte zuvor erklärt, dass diese Maßnahmen im Zusammenhang mit der Wirtschaftsblockade vonseiten der Ukraine eingeleitet worden sind. Zypkalow zufolge wird das Multiwährungssystem auch weiter funktionieren – es bleiben weiter Griwna, Dollar und Euro im Bestand. Doch von nun an werde der Rubel zum Währungsanker in Lugansk. Renten und Gehälter werden in Rubel ausgezahlt, ohne Bezug auf die Griwna. Die Planung und die Haushalts-, Finanz- und Steuerberichte werden ebenfalls in Rubel erstattet. Laut einer Umfrage des Meinungsforschungsinstituts „Osoby Status“ sind mehr als 52 Prozent der Einwohner der selbsternannten Volksrepublik Lugansk damit einverstanden, dass der Rubel Leitwährung wird. Im Laufe der Umfrage stellte sich heraus, dass 63 Prozent der Befragten bei ihren Käufen die russische Währung nutzen. Im August betrug der Anteil des russischen Rubels am Haushalt der selbsterklärten Volksrepublik etwa 85 Prozent. Mitte August hatte die Finanzministerin von Donezk mitgeteilt, dass der Haushalt der Nachbarrepublik bis zu 90 Prozent aus russischen Rubeln besteht.



<http://cdn2.img.de.sputniknews.com/images/30380/13/303801339.jpg>

Lug-info.com: Die Kiewer Truppen haben am 31. August viermal das Regime der Feueinstellung im Verantwortungsbereich der Volksmiliz der LVR verletzt. Ab 00:00 Uhr am 1. September wurden keine Beschüsse mehr festgestellt, teilte das Verteidigungsministerium der LVR mit:

Um 11:45 Uhr am 31.8., wurde Sokolniki aus Richtung Krjakowka mit Maschinengewehren beschossen.

Um 18:45 Uhr haben die Kiewer Truppen einen Beschuss aus Richtung Luganskoje auf Losowoje durchgeführt.

Um 19:30 Uhr wurde aus Richtung Krymskoje Shelobok mit 120mm-Granatwerfern beschossen.

Praktisch gleichzeitig damit, um 19:35 Uhr, wurde Pachalewka mit 82mm-Granatwerfern beschossen.

Auch wurde eine Reihe Provokationen festgestellt, mit dem Ziel die Volksmiliz der Verletzung der Feueinstellung zu beschuldigen.

Um 19:35 Uhr schoss ein Panzer der ukrainischen Streitkräfte einmal aus Richtung Troizkoje auf eine Position der Milizen der LVR.

10 Minuten später, um 19:45 Uhr, bewegte sich ein Panzer der ukrainischen Streitkräfte in Richtung des Territoriums der LVR. 2 km von der Kontaktlinie hielt er an, drehte und schoss dreimal auf Positionen der ukrainischen Streitkräfte.

Zwei Stunden später organisierten die Kiewer Truppen eine weitere Provokation nach diesem Schema. Ein Panzer der ukrainischen Streitkräfte kam bis auf 2 km an die Kontaktlinie heran, drehte und feuerte zweimal auf Positionen der ukrainischen Soldaten.

Um 23:15 Uhr wurde im Bereich von Krymskoje ein Kampf zwischen Abteilungen der ukrainischen Streitkräfte unter Verwendung von Schusswaffen festgestellt.

Dan-news.info: „Die Hauptschwierigkeit, mit der wir bei der Vorbereitung zum 1. September gekämpft haben, ist der Mangel an Baumaterialien für die zerstörten Bildungseinrichtungen. Alle übrigen Probleme haben wir überwunden, dank der RF haben wir alle Schulbücher erhalten, die wir benötigen“, sagte heute das Oberhaupt der DVR Alexandr Sachartschenko bei der feierlichen Schuljahreöffnung in einer der Donezker Schulen.

Sachartschenko erwähnte die Tatsache, dass in diesem Jahr es gelungen ist, das Schuljahr in der Republik am traditionellen Tag des Wissens, am 1. September zu eröffnen, während der Unterricht 2014 in Zusammenhang mit den Kämpfen erst am 1. Oktober begann. Zu den Absprachen mit der ukrainischen Seite über eine Feueinstellung, die auf dem Treffen in Minsk am 26 August erreicht wurden, unterstrich das Oberhaupt der DVR, dass deren Effektivität die Zeit zeigen wird.

„Die Vereinbarung über eine Feueinstellung tritt ab dem 1. September in Kraft: Wir werden sehen, was heute sein wird. Gestern, kann man sagen, war es ruhig, vorgestern nicht“. Heute haben etwa 140.000 Schüler der DVR nach Angaben des Bildungsministeriums der DVR das Schuljahr in 484 Schulen des Landes begonnen.



<https://sconte>

[nt-fra3-1.xx.fbcdn.net/hphotos-xtl1/v/t1.0-9/11986306\\_453533664833616\\_4323651223694774018\\_n.jpg?oh=652924b78721d6d487862494efaa96da&oe=56668B58](https://sconte-nt-fra3-1.xx.fbcdn.net/hphotos-xtl1/v/t1.0-9/11986306_453533664833616_4323651223694774018_n.jpg?oh=652924b78721d6d487862494efaa96da&oe=56668B58)

### **Nachmittags:**

De.sputniknews.com: Kiews „Demokratie“ begeistert den Westen und tötet Menschen. So hat der Außenbeauftragte des russischen Parlamentsunterhauses, Alexej Puschkow, in seinem Twitter-Account das Blutbad vor dem Parlamentsgebäude in Kiew kommentiert. Bei den Krawallen sind mehr als 141 Menschen verletzt worden, drei Soldaten kamen ums Leben.

„Im Westen schwärmte man viel für die ‚vibrierende ukrainische Demokratie‘. Heute haben ihre Vibrationen erneut zu Todesfällen geführt. Ein Land des ewigen Maidans“, schrieb er. Am Montag hatte die Oberste Rada in erster Lesung für Verfassungsänderungen abgestimmt, die den abtrünnigen Gebieten Donezk und Lugansk, die Volksrepubliken ausgerufen hatten, einen Sonderstatus im Staatsverband der Ukraine ermöglichen würden. Die Entscheidung des Parlaments löste schwere Ausschreitungen im Stadtzentrum von Kiew aus, bei denen mehr als 141 Menschen verletzt wurden. Ein Angehöriger der Nationalgarde kam bei der Detonation einer Handgranate ums Leben, zwei weitere starben im Krankenhaus. Mehr als 30 Protestierende wurden festgenommen.



<http://cdn2.img.de.sputniknews.com/images/30410/13/304101361.jpg>

Lug-info.com: Die Volksmiliz der LVR führt weiterhin Ausbildungsmaßnahmen durch, die in Zusammenhang mit dem Beginn des Schuljahrs verstärkt wurden, teilte auf einer Pressekonferenz der stellvertretende Leiter des Stabs der Volksmiliz der LVR Oberst Igor Jaschtschenko mit.

„Die Abteilungen der Volksmiliz führen die Übungen zur militärischen Ausbildung, der Bedienung der Technik, der Orientierung im Gelände, darunter auch nachts, weiter, außerdem werden Schießübungen durchgeführt. In Zusammenhang mit dem Beginn des Schuljahrs wurden die Übungen zusätzlich verstärkt“, sagte er.

„Vor dem Hintergrund unseres Strebens nach einem friedlichen Dialog und der Erfüllung der Minsker Vereinbarungen sind wir gezwungen festzustellen, dass die ukrainische Seite offen nicht beabsichtigt das Regime der Feuereinstellung einzuhalten, im Zusammenhang damit laden wir alle, die dies wünschen, die ihr Land verteidigen möchten, ein, in die Militärkommissariate zu kommen und Kandidaten für die Verteidigung der Republik zu werden“, sagte Jaschtschenko.

De.sputniknews.com: Die Zahl der ukrainischen Asylbewerber in Polen ist in den vergangenen sechs Monaten drastisch gestiegen, wie Radio Polen unter Hinweis auf das Amt für Repatriierung und Ausländer berichtet.

Laut der Sprecherin der Behörde, Ewa Piechota, hat das Jahr 2014 stark die Statistik der ukrainischen Asylsuchenden in Polen beeinflusst. Bisher hätten sich jahresdurchschnittlich 100 Ukrainer um den Asylstatus beworben, deren Anzahl sei aber ab 2014 um das 40-Fache auf 4.000 Menschen gestiegen.

Allerdings habe Polen nur zwei Ukrainern den Flüchtlingsstatus verliehen. Unter anderem haben Dutzende Ukrainer einen verschiedenen Status für ihren provisorischen Aufenthalt in Polen erhalten.

Zugleich hatte Polen im Jahre 2015 nahezu 1.248 Asylanträge abgelehnt, die Sachbehandlung von 523 weiteren wurde abgewiesen.

Darüber hinaus meldete das Amt für Repatriierung und Ausländer zunehmende Zahlen von Bürgern der Ukraine, die nach dem Ausbruch des Konfliktes in diesem Land eine zeitweilige Aufenthaltserlaubnis erhalten haben.

So wurden in den Jahren 2012-2013 rund 10.000 Anträge positiv entschieden, während im Jahr 2014 und seit Jahresbeginn 2015 bereits 17.000 bzw. 18.000 Ukrainern der Asylstatus verliehen wurde.

Laut der polnischen Gesetzgebung ist für Bürger, die eine Aufenthaltsgenehmigung erhalten, keine Staatsunterstützung vorgesehen. Nur Asylbewerber können mit Hilfe in Form von Wohnraum, Essen, Taschengeld, Krankenversicherung und Bildung rechnen.



<http://cdn2.img.de.sputniknews.com/images/30410/34/304103423.jpg>

De.sputniknews.com: Die neue Militär-Doktrin der Ukraine, in der Russland als Hauptgegner bezeichnet wird, ist dem Sicherheits- und Verteidigungsrat (SNBO) der Ukraine zur Erörterung vorgelegt worden, wie Premier Arseni Jazenjuk am Dienstag in Odessa mitteilte. Das Dokument soll anschließend von Präsident Petro Poroschenko unterzeichnet werden. „Das Ministerkabinet der Ukraine hat vor kurzem eine neue Militär-Doktrin der Ukraine gebilligt. In dem Dokumententwurf ist die Russische Föderation erstmals in der Geschichte der Unabhängigkeit als Gegner und Aggressor genau definiert worden“, zitiert der Pressedienst des Ministerkabinetts den Premier.

Die vorherige Militär-Doktrin war im Juni 2012 während der Amtszeit von Präsident Viktor Janukowitsch angenommen worden.

Kiew wirft Moskau „militärische Aggression“ vor und berichtet von „russischen Kampfeinheiten im Osten der Ukraine und in den angrenzenden Gebieten Russlands, obwohl internationale Beobachter während ihrer regelmäßigen Inspektionen im Donbass dort keine militärischen Aktivitäten Russlands registriert haben. Moskau betonte mehrmals, am innerukrainischen Konflikt nicht beteiligt zu sein und keine Waffen an die ostukrainische Volkswehr zu liefern.

Dnr-online.ru: Mitteilungen des stellvertretenden Kommandeurs der Milizen der DVR Eduard Basurin

Die Lage in der DVR ist weiterhin als schwierig zu charakterisieren. Es sind Verletzungen des Regimes der Feueinstellung von Seiten der Abteilungen der ukrainischen Truppen festzustellen.

„In den letzten 24 Stunden wurden einzelne Schüsse von Positionen der ukrainischen Streitkräfte und der Nationalgarde aus Awdejewka, Nowgorodskoje in Richtung Shelesnaja Balka und Spartak festgestellt. Insgesamt haben die ukrainischen Truppen in den letzten 24 Stunden siebenmal das Regime der Feueinstellung verletzt. Auf das Territorium der Republik wurden 30 Granatgeschosse der Kaliber 82 und 120 mm und vier Panzergeschosse abgeschossen, außerdem wurden Schusswaffen verwendet. Darüber hinaus wurden durch das Sektorkommando der ATO-Gruppierungen organisierte Provokationen von Einheiten der ukrainischen Streitkräfte an einzelnen Abschnitten der Kontaktlinie festgestellt. Unter Nutzung der strengen Einhaltung des Regimes der Ruhe durch die Abteilungen der Armee der DVR durch ein Verbot, das Feuer zu eröffnen, bewegen sich die frontnahen Abteilungen der ukrainischen Streitkräfte provokativ in Richtung der Abgrenzungslinie und nehmen neue Positionen in der neutralen Zone ein, in unmittelbarer Nähe zu den Linien der Streitkräfte der DVR. In Zusammenhang damit fordern wir mit dem Ziel der Stabilisierung der Situation und der Abwendung ihrer Verschärfung die sofortige Rückkehr der genannten Abteilungen der ukrainischen Streitkräfte auf die zuvor von ihnen eingenommenen Linien und Positionen“, sagte Eduard Basurin.

Weiter sagte er, dass das Kommando der ukrainischen Streitkräfte unter Nutzung des Regimes der Feueinstellung weiterhin Truppen entlang der Abgrenzungslinie konzentriert. Im Verlauf der vergangenen 24 Stunden hat die Aufklärung der Armee der DVR die Stationierung von drei Panzern am nördlichen Rand von Peski, 3 km von der Kontaktlinie, die Stationierung einer Gruppe Scharfschützen und von durch die Minsker Vereinbarungen verbotenen Mehrfachraketenwerfern „Grad“ sowie einer Artilleriestellung in Tschermalyk, 2,5 km von der Abgrenzungslinie, bemerkt. Registriert wurde auch die Konzentration von Panzern und Panzertechnik im Gebiet von Stepnoje, 7 km von der Abgrenzungslinie.

„Trotz der Handlungen der ukrainischen Seite will ich allen Kindern der DVR, der Ukraine und der mit uns befreundeten Länder zum Tag des Wissens gratulieren, erfolgreiche Studien, familiäres Wohlergehen und einen friedlichen Himmel über dem Kopf wünschen. Ich rufe auch die ukrainischen Soldaten auf, das Leben jedes Kindes zu schätzen. Denn jedes Geschoss aus Ihren Waffen kann ein Kind töten. Und Sie sind dafür verantwortlich“, fügte Basurin hinzu.

De.sputniknews.com: Die vom ukrainischen Präsidenten Petro Poroschenko vorgelegten

Verfassungsänderungen zeugen davon, dass Kiew dem Donezbecken keinen Sonderstatus gewähren will, wie die Donezker Nachrichtenagentur unter Hinweis auf den Chef der selbsterklärten Volksrepublik Donezk, Alexander Sachartschenko, mitteilte.

Laut dem Vertreter der Volksrepublik in der Kontakt-Gruppe, Denis Puschilin, entspricht die Novellierung des Grundgesetzes nicht den Minsker Vereinbarungen. Er bezeichnete sie als „freie Interpretation der Bestimmungen des gesamten Maßnahmen-Komplexes durch Kiew“. Wie der Vertreter der selbsterklärten Volksrepublik Lugansk Wladislaw Dejnago sagte, verstärken die vom Parlament vorläufig verabschiedeten Normen für die Dezentralisierung die Kontrolle über die örtliche Selbstverwaltung im Land noch mehr.

Am Vortag hatte die Oberste Rada die Novelle in erster Lesung verabschiedet. Dafür stimmten 265 der insgesamt 320 Abgeordneten, die an der Sitzung teilgenommenen hatten.



<http://cdn1.img.de.sputniknews.com/images/30292/24/302922430.jpg>

#### **Abends:**

De.sputniknews.com: Russlands Außenminister Sergej Lawrow hat ukrainische Extremisten mit der Terrormiliz Islamischer Staat (IS) verglichen. „Man darf mit den Extremisten nirgendwo liebäugeln“, sagte Lawrow am Dienstag vor Studenten und Dozenten der Moskauer Staatlichen Hochschule für internationale Beziehungen nach Angaben der Tageszeitung "Iswestija".

In einer Stellungnahme zu schweren Ausschreitungen vom Vortag in der ukrainischen Hauptstadt Kiew mit zwei Toten und mehr als 100 Verletzten erinnerte der Minister daran, dass sich die ukrainische Partei Swoboda (Freiheit) in ihrem Statut zu nationalistischen Ideen bekannt hatte. Das habe bei europäischen Politikern Besorgnis ausgelöst.

„Niemand bestritt diese Position der EU. Aber der französische Außenminister sagte damals, dass alles in Ordnung ist und Swoboda den Kurs auf politischen Mainstream steuert. „Aber gestern hat sie ihren (wahren) ‚Mainstream‘ vor Augen geführt. Ein Liebäugeln mit den Extremisten darf nirgendwo zugelassen werden“, sagte Lawrow.

Am Montag hatten rund 3.000 Menschen gegen die geplante Verfassungsreform in der Ukraine protestiert, die den Weg zu einem Sonderstatus für die abtrünnigen Gebiete Donezk und Lugansk ebnen soll. Die Werchowna Rada nahm die Novelle zur Verfassungsänderung in erster Lesung mit überwiegender Mehrheit an. Danach griffen die Protestierenden, darunter auch Swoboda-Mitglieder, die Sicherheitskräfte unter anderem mit Pflastersteinen, Flaschen und Rauchbomben an. Die Polizei setzte Schlagstöcke und Tränengas ein. Ein Unbekannter warf vermutlich eine Handgranate auf die Sicherheitskräfte. Bei der Detonation wurden Dutzende Menschen verletzt. Zwei Soldaten der Nationalgarde starben im Krankenhaus.



<http://cdn1.img.de.sputniknews.com/images/30222/71/302227146.jpg>

Novorosinform.org: Angehörige sozial schwacher Bevölkerungsgruppen, Familien von Militärangehörigen der DVR sowie Veteranen des Großen Vaterländischen Krieges werden kostenlos Kohle erhalten. Ein entsprechendes Dekret unterzeichnete nach offiziellen Informationen auf der Website von DAN heute das Oberhaupt der DVR Alexander Sachartschenko.

„Ich erlasse die zeitweilige Verfügung ‚Über die kostenlose Versorgung bestimmter Gruppen von Bürgern der Donezker Volksrepublik mit Haushaltsbrennstoff (Kohle)‘“, heißt es in dem von der Verwaltung des Oberhauptes der DVR veröffentlichten Dokument. Die Menge der ausgelieferten Kohle beträgt drei Tonnen jährlich...

De.sputniknews.com: Alexander Sachartschenko, das Oberhaupt der selbsterklärten Donezker Volksrepublik, hat die Gerüchte über ein geplantes Referendum zur Frage des Beitritts zur Russischen Föderation dementiert.

„Es wird kein Referendum geben. Wir werden Wahlen durchführen. Sollte die Notwendigkeit eines Referendums entstehen, werde ich selber darüber informieren“, sagte Sachartschenko der Agentur Sputniknews am Dienstag.

Der Republikchef führte die Entstehung der genannten Gerüchte auf die von ukrainischen Medien verbreitete Information zurück, laut der in der DVR statt Wahlen ein Referendum stattfinden soll.